

1 Kann ein „Hebel“ den Euro retten?

Nachdem alle bisherigen Euro-Rettungsversuche gescheitert sind, soll ein Hebel für den EFSF¹ als „Ultima Ratio“ den Euro retten.

Von Hermann Patzak

Das „Hebel-Wort“ geistert durch die Medien und keiner weiß so recht, wie er funktionieren soll. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten und Grenzen des **Hebelwirkungseffektes** aufzeigen. Eigentlich ist es für die – uns übergestülpte – amerikanisierte Lebenswelt völlig atypisch, dass Medien, Politik und „Ökonomen“ nicht den anglo-amerikanischen Begriff „**Leverage Effect**“ verwenden. Gewöhnlich will man mit Anglizismen heutzutage bezeugen, auf modernster wissenschaftlicher Höhe zu stehen. Im vorliegenden Fall genügt aber schon das Wort „Hebel“, um einen sehr trivialen Sachverhalt hinreichend zu mystifizieren, so dass selbst akademisch gebildete Menschen damit nichts anfangen können.

Mit Sicherheit können wir davon ausgehen, dass auch die wenigsten unserer Volksvertreter im Bundestag wissen, worüber sie demnächst entscheiden müssen – nachdem sie erst vorige Woche den Euro zum x-ten Mal gerettet haben. Dabei handelt es sich um einen sehr einfachen Sachverhalt, der in der Deutschen Betriebswirtschaftslehre schon seit den 1930igern zum Standardwissen gehört. Er beschreibt eine simple Technik, mit der ein Unternehmen die Rentabilität seines Eigenkapitals erhöhen kann. Wir haben uns daran gewöhnt, dass unsere – von den Parteien gestellten – Minister den Anforderungen ihrer Ministerämter, die sie wie die Oberhemden wechseln, nicht gewachsen sind, weshalb sie gern ihr mangelndes Fachwissen hinter nebulösen Wortschleiern verbergen. Doch dass auch die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften die nötige Aufklärung des Volkes unterlassen – das nun gar nicht mehr durchblickt – ist mehr als bedauerlich. Wir wollen über die Motive dieses Versäumnisses nicht weiter nachsinnieren. Wir übernehmen diese notwendig Aufklärung. An den Anfang der Analyse sei allerdings die Bedeutung des **Hebelwirkungseffektes** für die Entwicklung des Globalkapitalismus gestellt

Seine Technik hat mit der erdumfassenden Ausdehnung des Globalkapitalismus eine Manie der Renditesteigerung entfacht, die alle gewachsenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen niedergewalzt hat. In Deutschland wurde das System der Sozialen Marktwirtschaft ausgelöscht, was unsere Eliten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bis heute noch gar nicht bemerkt zu haben scheinen. Die Renditegier und Etablierung eines einheitlichen, die Welt umfassenden Finanzmarktes erlaubten dem internationalen Finanzkapital die weltweite Aneignung von Rohstoffen und Produktivvermögen ganz ohne kriegerische Mittel. Die leistungsfähigen Konkurrenten wurden einfach aufgekauft. Die vielgepriesene deutsche Exportindustrie – sei es im Chemie-, Maschinen-, Elektro-, Automobilbereich – ist, von der Öffentlichkeit unbemerkt, in fremde Hände übergegangen. Wir haben die Methoden dieses „Raubtierkapitalismus“ in zahlreichen Aufsätzen auf dieser Weltnetzseite veröffentlicht² und sind dabei wiederholt auf den Hebelwirkungseffekt gestoßen, den wir zu Beginn dieser Analyse noch einmal erklären:

¹ Europäische Finanz-Stabilisierungs-Fazilität.

² Siehe z.B. www.hpatzak.de, Grundprobleme: „Finanzmarktkrise und ihre Folgen“ vom 14.10.2007 oder www.hpatzak.de, Nachrichten: „Der Raubtierkapitalismus holt zum nächsten Schlag aus“ vom 14.03.2008.

1.1 Die Funktionsweise des Hebelwirkungseffektes

Ein Unternehmen, das Güter und Leistungen erstellt, benötigt dazu eine bestimmte Menge an Kapital (Finanzkraft). Ein Teil des gesamten benötigten Kapitals bringen der oder die Eigentümer in das Unternehmen ein, man spricht von Eigenkapital. Den Rest des benötigten Gesamtkapitals leiht sich das Unternehmen von Gläubigern (Banken oder Lieferanten), man nennt diesen Teil Fremdkapital oder Verbindlichkeiten (Schulden). Das gesamte im Unternehmen eingesetzte Kapital (Eigenkapital plus Fremdkapital) erwirtschaftet den Gewinn, den man auch Gesamtgewinn oder Unternehmensgewinn nennt. Von diesem Gesamtgewinn des Unternehmens müssen die Fremdkapitalzinsen an die Gläubiger bezahlt werden, der danach noch verbleibende Restgewinn (Nettogewinn) entfällt auf das Eigenkapital. Ein einfaches Beispiel kann den Sachverhalt mit konkreten Zahlen veranschaulichen:

		FK-Zinssatz	FK-Zinsen	
GesKapital	100			Ein Gesamtkapital von 100 erwirtschaftet einen Gesamtgewinn von 12, also 12 Prozent. Das Eigen- und Fremdkapital beträgt jeweils 50, wobei für das Fremdkapital ein Zinssatz von 8 Prozent gezahlt werden muss.
Eigenkapital	50			
Fremdkapital	50	8%	4	
Bruttogewinn	12			
Nettogewinn	8			

Unter diesen Annahmen bezahlt das Unternehmen Fremdkapitalzinsen von 4, so dass auf das Eigenkapital ein Gewinn von 8 entfällt woraus sich eine Eigenkapitalrentabilität von:

$$8:50 * 100 = 16 \% \text{ errechnet.}$$

Wenn nun die Nachfrage und infolgedessen der Umsatz steigt, so dass das Unternehmen seine Kapazität erweitern könnte, steht es vor der Wahl, die Betriebsvergrößerung mit Eigen- oder Fremdkapital oder mit einer Mischung aus beidem vorzunehmen. Angenommen, die Kapazitätserweiterung erfolgt allein durch Aufnahme zusätzlichen Fremdkapitals, für das ebenfalls ein Zinssatz von 8 Prozent zu zahlen ist, so ergibt sich bei unveränderter Gesamtkapitalrentabilität von 12 Prozent folgende Änderung der Eigenkapitalrentabilität:

		FK-Zinssatz	FK-Zinsen	
GesKapital	150			Die Fremdkapitalzinsen verdoppeln sich auf 8. Da die Gesamtkapitalrentabilität aber mit 12 Prozent höher ist als die Zinskosten in Höhe von 8 Prozent, muss die Eigenkapitalrentabilität steigen, weil die Differenz von 12% -8% = 4% dem Eigenkapital zugeschlagen wird.
Eigenkapital	50			
Fremdkapital	100	8%	8	
Bruttogewinn	18			
Nettogewinn	10			
EKR =	$\frac{10}{50}$	=	20%	

Die **Eigenkapitalrentabilität steigt also in unserem Beispiel von 16 auf 20 Prozent**, das entspricht einer **Steigerungsrate von 25 Prozent**.

Die Voraussetzung für diese Art der Steigerung der Eigenkapitalrentabilität ist die **Annahme**, dass die **Gesamtkapitalrentabilität (GKR) größer ist als der Fremdkapitalzinssatz**. Nur dann ist der Hebelwirkungseffekt positiv und die Eigenkapitalrentabilität steigt mit Hilfe zusätzlichen Fremdkapitals. Wer diese Situation ausnützt, kann die Eigenkapitalrentabilität mittels Fremdkapital (Schuldenaufnahme) in erstaunliche Höhen treiben, wie nachfolgendes Zahlenbeispiel veranschaulicht:

Ein Unternehmen mit einem Gesamtkapital (GK) von 1000 erwirtschaftet einen Gewinn von 100, was einer Gesamtkapitalrentabilität von 10 Prozent entspricht. Wenn das Unternehmen ganz ohne Fremdkapital arbeitet, das Eigenkapital also auch 1000 beträgt, ergibt sich daraus eine Eigenkapitalrentabilität von ebenfalls 10 %. Die beschriebene Konstellation wird in der ersten Zeile der Tabelle angezeigt.

GesKap	Eigenkap.	Fremdkap	GesGew.	FK Zins	EKR	
1000	1000	0	100	5%	10,0%	Wenn das Unternehmen den Fremdkapitalanteil kontinuierlich erhöht und das Eigenkapital reduziert, wie in den Spalten 2 und 3 gezeigt, dann steigt die Eigenkapitalrentabilität im Beispiel bis auf 55 Prozent an.
1000	900	100	100	5%	10,6%	
1000	800	200	100	5%	11,3%	
1000	700	300	100	5%	12,1%	
1000	600	400	100	5%	13,3%	
1000	500	500	100	5%	15,0%	
1000	400	600	100	5%	17,5%	
1000	300	700	100	5%	21,7%	
1000	200	800	100	5%	30,0%	
1000	100	900	100	5%	55,0%	

Wenn gleichzeitig noch der Fremdkapitalzinssatz sänke, dann würde die Eigenkapitalrentabilität noch stärker ansteigen. Das **Fremdkapital wirkt also als Hebel zur Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität.**

In der Phase des Konjunkturaufschwungs mit hohen Wachstumsraten ist die erste der genannten Voraussetzungen gegeben. Wenn die Notenbank einer Volkswirtschaft oder gar viele Notenbanken in einer globalen Weltwirtschaft noch zusätzlich dafür sorgen, dass die Zinssätze niedrig sind, dann ist auch die zweite Voraussetzung für einen positiven Hebelwirkungseffekt gegeben. Dies war die Konstellation in den Jahren vor dem Ausbruch der Krise im Jahr 2007. Sie wurde insbesondere durch die Geld- und Fiskalpolitik der USA (Niedrigzinspolitik und steigende Staatverschuldung) erzeugt, die durch ihre schiere Größe und ihren Dollar als Welthandels- und Weltreservewährung für den Rest der Welt eine maßgebliche Richtgröße war und ist. Die großen und weltweit agierenden Jongleure des internationalen Finanzkapitals aus den USA und England haben diese Konstellation weidlich ausgenutzt, worauf wir noch eingehen werden. Sie trieben die Renditen in noch nie dagewesene Dimensionen und bedachten nicht, dass sich die Verhältnisse einmal ändern könnten, dass es zu einer Rezession und Wachstumsminde- rung kommen könnte.

Und das wurde zum Problem für die gesamte Weltwirtschaft. Es war die Ursache des Finanzcrashs, der im Sommer 2007 von den USA ausging und die ganze Welt erfasste. Es gehört zu den unabänderlichen Gesetzen der Geschichte, dass sich die Kräfteverhältnisse in der Welt verändern. Auch die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben sich im Zeitablauf. Sogar im Zyklus der konjunkturellen Schwankungen verändern sich zentrale volkswirtschaftliche Daten wie Investition, Konsum, Sparen, Zinssätze. Natürlich ändern sich dann auch die beiden Größen, auf die es hier ankommt: Rentabilität und Zinsen. Die Gesamtkapitalrentabilität (Produktivität) kann nicht für alle Zeiten auf dem einmal erreichten Niveau gehalten werden, ebenso wie die Zinssätze sich ständig geändert haben. Bei ansteigender Inflation sind sogar die staatlichen Notenbanken gezwungen, dagegen mit Zinsenerhöhungen anzugehen. Für den Hebelwirkungseffekt hat das aber fatale Folgen.

Damit haben wir gedanklich das Terrain zum Verständnis der historischen Abläufe von Konjunktur- und Wachstumszyklen vorbereitet. Jetzt können wir wieder zur mikroöko-

nomischen Perspektive und dem Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre – der Unternehmung – zurückkommen. Wenn im Konjunkturabschwung der Absatz (Verkaufsmenge), die Preise und infolgedessen die Umsätze sinken und die Produktionskosten steigen, insbesondere die Fremdkapitalzinsen, dann müssen die Gewinne der Unternehmen sinken. Wie sich die Entwicklung auf die Eigenkapitalrentabilität jener Unternehmen auswirkt, die zuvor mit möglichst **wenig Eigenkapital und viel Fremdkapital die Eigenkapitalrentabilität künstlich in die Höhe getrieben** haben – zu ihnen gehören insbesondere alle Unternehmen der Finanzindustrie – soll wieder ein kleines Zahlenbeispiel veranschaulichen:

Angenommen, die Gesamtkapitalrentabilität sei im Konjunkturrückgang auf 5 Prozent gesunken und die Fremdkapitalzinsen auf 10 Prozent gestiegen. Das Unternehmen erzielt also immer noch einen Gesamtgewinn von 50 (vgl. 1. Zeile).

GesKap	Eigenkap.	Fremdkap	GesGew.	FK Zins	EKR	
1000	1000	0	50	10%	5,0%	Je größer der Anteil des Fremdkapitalanteils (vgl. Spalte 3) desto stärker fallen die Fremdkapitalzinsen ins Gewicht, die das Unternehmen zu zahlen hat. Bei einem Eigenkapitalanteil von 10 Prozent erzielte das Unternehmen einen Verlust von 40 Prozent.
1000	900	100	50	10%	4,4%	
1000	800	200	50	10%	3,8%	
1000	700	300	50	10%	2,9%	
1000	600	400	50	10%	1,7%	
1000	500	500	50	10%	0,0%	
1000	400	600	50	10%	-2,5%	
1000	300	700	50	10%	-6,7%	
1000	200	800	50	10%	-15,0%	
1000	100	900	50	10%	-40,0%	

Verluste verringern das Eigenkapital, egal, ob es sich bei dem Unternehmen um ein Einzelunternehmen, eine Personengesellschaft oder eine Kapitalgesellschaft (AG oder GmbH) handelt. In unserem Beispiel verringert sich das Eigenkapital von 100 auf 60, **obwohl das Unternehmen nach wie vor einen Gesamtgewinn von 50 erwirtschaftet!**

Genau das ist das Problem: **Der Hebelwirkungseffekt wird negativ** und das Eigenkapital wird aufgezehrt. Wenn das Unternehmen infolge von Umsatzrückgang und Kostensteigerung nicht ohnehin schon zahlungsunfähig wird und deswegen in Konkurs gehen muss, dann gerät es nach geltendem Recht spätestens dann in Konkurs, wenn das Eigenkapital ganz aufgebraucht ist. Bei Kapitalgesellschaften ist das der Fall, wenn der akkumulierte Verlust (auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen) das Eigenkapital (auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen) übersteigt und eine sog. Unterbilanz entsteht. In unserem Beispiel (bei einer Eigenkapitalquote von 10 Prozent) wäre dies nach zweieinhalb Jahren der Fall. Und dieser Konkurs tritt ein, obwohl das Unternehmen als Ganzes immer noch Gewinn erzielt. Sollte das Unternehmen gar Verluste einfahren, wäre sein Ende noch schneller besiegelt! Fassen wir unsere Erkenntnis noch einmal zusammen: **Der Anstieg der Eigenkapitalrentabilität durch höhere Fremdkapitalfinanzierung wird durch höheres Verlustrisiko erkauf!**

Nachdem wir uns Klarheit verschafft haben, wie der Hebelwirkungseffekt arbeitet und welches Risiko damit verbunden ist, können wir uns im nächsten Schritt seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung zuwenden. Anschließend werden wir auf die Frage eingehen, inwiefern dieser Hebel geeignet ist, die Staatsschuldenkrise der Euro-Länder zu bekämpfen, um den Euro zu retten.

1.2 Die Hebelwirkung wird zum gängigen Geschäftsmodell des Global-Kapitalismus

Mit der Ausbreitung des Globalkapitalismus nach dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung kam der Renditewahn weltweit zur freien Entfaltung. Die Finanzmärkte unter Anführung des anglo-amerikanischen Finanzkapitals und seiner aggressiven Vorgehensweisen überfluteten die Grenzen aller Länder und Volkswirtschaften. Unternehmen, deren Renditen nicht schnell und hoch genug anstiegen, wurden von den erfolgreichen Konkurrenten aus der globalen Welt aufgekauft. Der Globalkapitalismus nahm die Züge des Raubtierkapitalismus an, der von Medien und Politik verschwiegen oder gar euphemistisch als erwünschte Auslandsinvestitionen begrüßt wurde.

Die höchsten Renditen wurden nicht von den Güter- und Leistung produzierenden Unternehmen, sondern von der internationalen Finanzindustrie erzielt. Ihr **wichtigstes Instrument** war die **Kreditschöpfung** mittels Derivaten (Wertpapiere, deren Wert auf anderen Wertpapieren beruht) und die **Hebelwirkung des Fremdkapitals**. Wer Zugang zu günstigem Fremdkapital hatte, war dadurch in der Lage, jede Investition in jedem Winkel der Erde damit zu finanzieren – es sei denn, der renditegerierende Investor stieß auf politische Barrieren, wie in China oder Russland. Investitionsobjekte waren leistungsfähige und auf der Höhe des technischen Wissens arbeitende Unternehmen. Und die gab es vor allem in Deutschland.

Zwei Voraussetzungen waren für die weltweiten Raubkäufe industriellen Produktivvermögens erforderlich:

1. **zinsgünstiges Fremdkapital** – das wurde in ausreichendem Maß in den USA produziert und
2. ein erschwinglicher **Kaufpreis des begehrten Aufkaufobjektes** (Unternehmen oder Rohstoffvorkommen). Dieser Kaufpreis wird wesentlich durch den Wert der Währung (Devisenwert) beeinflusst, den der Käufer bezahlen muss. Im Falle des Aufkaufs **deutscher Unternehmungen war dies** (seit 01.01.1999) **der Euro**, den verantwortungslose (oder nichtsahnende) deutsche Politiker gegen die DM eingetauscht hatten.

Beide Voraussetzungen lagen vor, was anhand der mittlerweile historischen Fakten heute leicht nachvollzogen werden kann: In den USA entwickelte man seit der Jahrtausendwende auf der Basis einer rigorosen Niedrigzinspolitik ein System der „wundersamen Geld- und Kreditvermehrung“ durch Kreditverbriefungen. Man wollte den ökonomischen Niedergang und die desolante soziale Entwicklung des Staates damit kaschieren. Mit staatlich subventionierten Hypothekenzinsen verleiteten die Kreditinstitute die Bürger zu Haus- und Wohnungskäufen, die sie sich in Anbetracht ihrer Einkommenssituation eigentlich gar nicht leisten konnten. Die Hypothekenforderungen verkauften die Banken in Form von Wertpapieren weiter. Die heute so arg gescholtenen Ratingagenturen ermöglichten dieses Geschäft, indem sie die neuen – auf Hypotheken basierenden – Wertpapiere als völlig risikolos einstufte.

Damit war das Perpetuum Mobile der unendlichen Kreditschöpfung erfunden, das riesige Renditen abwarf, das die renditegerierenden Finanzinvestoren aus allen Teilen Welt anlockte. Als die Hypothekenforderungen (wie vorhersehbar war) zu einem erheblichen Teil uneinbringlich wurden und ihren Wert verloren, büßten auch die von ihnen abgeleiteten Wertpapiere ihren Wert ein. Sie wurden unverkäuflich und nun stellte sich heraus, dass auch in Deutschland die Banken und Versicherungen, ja auch Kommunen, kirchliche Gemeinden und sogar Privathaushalte ihr Geld in dem US-Geschäft verzockt hatten. Die Banken gründeten zu diesem Zweck sogar Tochtergesellschaften – man nannte sie

sinnigerweise Zweckgesellschaften – die mit geringem Eigenkapitaleinsatz und unter Umgehung der deutschen Steuer im Ausland noch höhere Renditen erzielen konnten.³

Worauf es hier ankommt: Die Niedrigzinspolitik und die Methoden der unendlichen Kreditvermehrung „Made in USA“ hatten eine weltweite Geldvermehrung zur Folge. Diese billigen und reichlich vorhandenen Kredite boten die Möglichkeit, reales Produktivvermögen (Unternehmen) weltweit und vor allem in Deutschland aufzukaufen. Mit Hilfe des Hebelwirkungseffektes konnten damit – mit sehr geringem Eigenkapital – unerhört hohe Renditen erzielt werden, wobei den Aufkauf-Opfern auch noch die Zins- und Tilgungszahlungen aufgebürdet wurden.

Ergänzend und der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle noch gesagt werden, dass der Euro den Aufkauf deutscher Unternehmungen zusätzlich wesentlich befeuerte. Vor Einführung des Euro hatte der ständige Anstieg des Außenwertes der DM dafür gesorgt, dass der Aufkauf für ausländische Investoren schlichtweg zu teuer war. In den Jahren von 1968 – 1995 ist der Wert 1 DM von 0,25 auf 0,70 US-Dollar, also um 178,44 Prozent gestiegen, was einer jährlichen Steigerung von 6,61 Prozent entspricht. Im Jahr 1995 hatte die DM einen Wert von 1 Dollar = 0,70 DM erreicht. Da 1 Euro dem Wert von 1,96 DM entspricht, lässt sich der Wert des Dollar im Jahr 1995 auch in Euro mit $0,7 * 1,96 = 1,372$ ausrechnen. Das entspricht ziemlich genau dem heutigen Wert des Dollar (2011) im Vergleich zu 1 Euro. Der Wert der DM im Vergleich zum Dollar hat sich somit seit 1995, also in 16 Jahren nicht mehr erhöht. Neben dem Hebelwirkungseffekt ist somit der Euro eine der wesentlichen Ursachen der Aufkauforgien gewesen, mit denen deutsches Produktivvermögen in ausländisches Eigentum seit der Jahrtausendwende überführt wurde⁴. Doch kommen wir zurück zum Plan, den Euro mit Fremdkapital retten zu wollen.

1.3 Wie der Hebelwirkungseffekt den Euro retten soll

Jetzt, im Herbst 2011, da die Politiker ganz offensichtlich mit ihren Rettungswerkzeugen am Ende sind, hat man ihnen eingeflüstert, dass es doch noch eine Möglichkeit gäbe: Sie bräuchten nur die Summe der durch den EFSF bereitgestellten Bürgschaften und Kredite mit Fremdkapital aufzustocken, um damit noch mehr Staatsanleihen aufkaufen zu können. Mit diesem Geschäftsmodell der Hebelung mittels Fremdkapital hatten es die Finanzmarktpromis vor Ausbruch der Krise geschafft, die Renditen in schwindelerregende – vordem noch nie dagewesene – Höhen zu treiben. Wie das funktioniert, haben wir anhand von Beispielen aufgezeigt. Da die Euro-Retter mit ihren Rettungskünsten am Ende waren, weil sich nicht getrauten, den Bürgern noch weitere Belastungen aufzuladen, griffen sie nach diesem scheinbar rettenden „Strohalm“.

In ihrer Not ignorierten sie die Tatsache, dass die „Hebelgeschäfte“ zusammen mit der von den USA angezettelten Niedrigzinspolitik die eigentlichen Ursachen der Krise waren!. Sie haben auch verdrängt, dass zum Zweck der noch wirksameren Gestaltung der Hebelwirkung damals extra **Zweckgesellschaften** gegründet wurden, also genau jene Rechtsform, die man nun dem Rettungsfonds namens EFSF gegeben hat. Sie wollen die Krise mit den gleichen Mitteln bekämpfen, die diese Krise verursacht haben! Die Krise

³ Einzelheiten hierzu wurden ausführlich behandelt in „Die große Weltwirtschaftskrise im 21. Jahrhundert“, Seite 7 ff in www.hpatzak.de Abschnitt Grundlagen vom 30.04.2009 und „Globalkapitalismus, der Abgrund rückt näher“, a.a.O. vom 21.08.2007 Seite 15 ff.

⁴ Nachvollziehbare und anschauliche Berechnungen der ökonomischen Bedeutung des Außenwertes von DM und Euro finden Sie in „Die verdeckten Formen neokolonialer Ressourcenabschöpfung durch Politik und Finanzkapital“ vom .05.2011/ 07.07.2011 im Abschnitt Grundlagen in www.hpatzak.de .

soll durch die Aufnahme von Fremdkapital gelöst werden, obwohl sie von den Banken gleichzeitig verlangen, die Eigenkapitalquote um das Dreifache zu erhöhen, weil deren Fremdkapitalquote zum Zweck Rentabilitätssteigerung zu hoch sei! Den Fehler, den die Finanzindustrie machte, begehen sie nun selbst! Sie greifen nach diesem vermeintlichen Rettungsanker, weil sie spüren, dass das Volk sich weigert, den Euro um jeden Preis zu retten, koste es was es wolle. Sie verlassen sich auf die Einflüsterungen von „Experten“ und sind offensichtlich außerstande, selbst durch eigenes logisches und sachbezogenes Denken zu prüfen, ob die Experten-Empfehlung wirklich funktionieren kann!

Stattdessen streiten sie ausgiebig über Randprobleme wie die Frage, ob und wie hoch durch diese Hebelung das Bürgschaftsrisiko für die Steuerzahler der Retter-Staaten steigt. So gerieten z.B. in der Fernsehrunde „Hart aber fair“ der Bundestagsvizepräsident und Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen der FDP, Hermann Otto Solms, mit dem selbsternannten Wirtschaftsexperten und Dampfplauderer des Hessischen Rundfunks, Frank Lehmann, in dieser Streitfrage aneinander. Ihre Argumente kulminierten in der Behauptung Hermann Otto Solms, dass dies nicht der Fall sei, weil der Bundestag die maximale Haftung auf 211 Mrd. Euro begrenzt habe, wohingegen die Begründung Lehmanns in der Gegenbehauptung gipfelte: „Aber hallo, der Risikoanstieg ist doch unbestritten und offensichtlich“. Dass die Haftung Deutschlands infolge des erweiterten EFSF jetzt schon über 400 Mrd. Euro beträgt⁵, weil sie sich auch auf die Zinsen erstreckt, wie die Deutsche Bank dem Finanzminister vorgerechnet hat, fand dabei überhaupt keine Erwähnung. Die Widersacher waren nicht fähig, die Höhe des Risikos von der Wahrscheinlichkeit des Risikofalles zu trennen und zu erkennen, dass mit einer erhöhten Bürgschaftssumme auch die Wahrscheinlichkeit steigt, als Bürge in Anspruch genommen zu werden.

Auf das eigentliche Problem ist keiner aus der illustren Runde – auch nicht der schwatzhafte Moderator – eingegangen. Es ist die Frage, ob **das Geschäftsmodell der Hebelung überhaupt funktionieren kann?** In der deutschen Medienöffentlichkeit wurde diese **Behauptung** der namentlich nie genannten Experten einfach **als gegeben hingenommen**. Und die Meute der Journalisten, auch aus dem sich konservativ gerierenden Lager, plapperte das Märchen von der Hebelung mittels Fremdkapital einfach nach. Doch ob das wirklich funktionieren kann, das hat wohl niemand überprüft. Also wollen wir das tun:

Die Behauptung lautet, dass man mit einer Sicherheitsgarantie (Bürgschaft), von z.B. 20 Euro, potentielle Kreditgeber veranlassen kann, einen Kredit in Höhe von 100 zu geben. Damit komme ein Hebel von 1 zu 5 zustande, weil die Kreditgeber jetzt fünfmal so viel Staatsanleihen kaufen würden, als der EFSF mit seinen eigenen Mitteln aufkaufen könnte. Sie rechnen uns vor, dass man dem EFSF für die vorhandenen Mittel von rund 230 Mrd. Euro insgesamt Fremdkapital von über 1 Billion Euro zustecken wird. Genau diese Rechnung gilt es zu prüfen!

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zweckgesellschaft EFSF Staatsanleihen der überschuldeten Euro-Staaten (Griechenland, Portugal, Irland, Spaniens und Italien) aufkauft, die auf dem Kapitalmarkt unverkäuflich sind. Das sind **erstens neue Staatsschulden**, deren Zinsen wegen des Ausfallrisikos erheblich niedriger sind als der Markt verlangen würde. Und es sind **zweitens die alten**, vor Jahren auf den Markt gebrachten **Anleihen**, deren Kurse ständig weiter absacken, so dass ihre Rendite (Zinssatz im Verhältnis zum Marktwert) ständig ansteigt. Jeder, der diese Anleihen besitzt, möchte sie wegen des be-

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.09.2011 Seite 11.

sagten Risikos abstoßen, aber niemand will sie aus eben diesem Grund haben. Nun glauben die Euro-Retter, durch eine Bürgschaft von 20 Prozent potentielle Nachfrager (Kreditgeber) anlocken zu können, die fünfmal so viel Geld ausgeben, als alle 17 Euroländer zusammen aufbringen können. Und das allein deshalb, weil sie ihnen versprechen, für zwanzig Prozent der Kreditsumme zu bürgen? Die Euro-Retter unterstellen ganz einfach, dass sie für eine Kreditbürgschaft in Höhe von 20 Euro gleich die fünffache Kreditsumme angetragen bekommen. Doch warum sollten die Investoren das tun?

Erinnern wir uns an die Funktionsweise des Hebelwirkungseffektes: Wenn die Rentabilität einer Investition (Gesamtkapitalrentabilität) größer ist der Fremdkapitalzinssatz, dann lohnt sich der Einsatz von Fremdkapital, weil die Eigenkapitalrentabilität dadurch steigt. Auf die Ebene einer Volkswirtschaft übertragen, müsste das Wachstum des Volkseinkommens einer Volkswirtschaft und damit die Steuereinnahmen des Staates größer sein als die Zinskosten für die Staatsanleihen. Und genau das ist das Problem der zahlungsunfähigen Euro-Staaten: Ihr Wachstum und ihre Staatseinnahmen sind in der Krise eingebrochen, während gleichzeitig der Zinssatz und damit die Zinskosten für die Staatsschulden gestiegen sind. Allein die höheren Zinskosten vergrößern die Nettoverschuldung und lassen die Summe der Staatsschulden weiter ansteigen, **so dass die Zins- und Tilgungszahlungen nicht aus den Steuereinnahmen, sondern nur aus zusätzlichen Krediten bezahlt werden können.** Übertragen auf die Konstellation des Hebelwirkungseffektes haben wir also die **Tatsache, dass die Gesamtkapitalrentabilität** (Wachstum des Sozialproduktes) **kleiner ist als die Zinskosten** für die Staatsschulden. Der Hebelwirkungseffekt ist also negativ! In ein kleines Zahlenbeispiel übertragen: Zusätzliche Steuereinnahmen von 0 Prozent stehen zusätzliche Zinskosten von 5 Prozent gegenüber! Und für die nahe Zukunft wird sich das Verhältnis nicht ändern, wie alle Prognosen besagen. In dieser Situation wollen die Euro-Retter neue Kreditgeber (Investoren) gewinnen, die fünfmal so viel Geld zur Verfügung stellen, als die Euro-Länder selbst aufbringen können?

Sie haben das in der Vergangenheit getan, als der Hebelwirkungseffekt noch positiv war, sie werden sich hüten das zu tun, wo dieser Effekt eindeutig negativ ist. Daran wird auch die Bürgschaft in Höhe von 20 Prozent nichts ändern. Schauen wir uns doch einmal die Ausfallquoten (Forderungsverluste) jener Staaten an, die in den letzten Jahren zahlungsunfähig geworden sind⁶:

Land	Konkursjahr	Rückzahlung	GläubVerlust	
Russland	1998	47%	53%	Mit Ausnahme von Uruguay und der Dominikanischen Republik betrogen die Ausfallquoten alle über 20 Prozent. Und dabei handelte es sich in allen Fällen um Länder mit eigener Währung, die im Gegensatz zu den Euro-Ländern ihre
Ukraine	1998	70%	30%	
Pakistan	1999	70%	30%	
Ecuador	1999	70%	30%	
Argentinien	2005	25%	75%	
Moldavien	2002	63%	37%	
Uruguay	2003	86%	14%	
DominRepu	2005	98%	2%	

Währung abwerten konnten, was den Euro-Ländern nicht möglich ist! Die Abwertung war und ist immer noch der leichteste Weg für eine Volkswirtschaft, wieder konkurrenzfähig zu werden. Ein Weg, der den Euro-Ländern verwehrt ist, und den die fanatischen

⁶ Zahlen aus: Harald Hau und Bernd Lucke „Die Alternative zum Rettungsschirm“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.09.2011 Seite 12.

Euro-Verfechter aus politischen und ideologischen Gründen auch nicht freigeben wollen. Sie wollen den Euro retten, koste es was es wolle. Dieses besessene Festhalten an der angeblich ewig Frieden und Wohlstand stiftenden Vision einer gemeinsamen Währung hat sich als Trugschluss erwiesen. Der Euro hat genau das Gegenteil bewirkt. Er stiftete keinen Frieden, sondern weckt jetzt Animositäten und schürt Unfrieden zwischen Völkern, die sich einerseits übervorteilt und andererseits ausgesäckelt fühlen. Er zieht jetzt immer mehr Euro-Staaten in den Strudel der steigenden Staatsverschuldung hinein. Sie bezahlen so lange, bis auch der letzte von ihnen – das dürfte dann wohl Deutschland sein – mit der Schuldzahlung überfordert ist. Das wird dann die letzte Konsequenz der Forderung „koste es was es wolle“, die der EU-Kommissionspräsident Barroso und alle neurotischen Euro-Verfechter aus Politik und Wirtschaft vertreten.

Doch kommen wir zurück zur angeblichen Hebelung der Steuergelder des EFSF.

Die Gläubigerverluste bei den jüngsten Staatskonkursen bewegen sich mit Ausnahme der beiden ökonomisch unbedeutenden Länder Uruguay und Dominikanische Republik zwischen 30 und 75 Prozent, obwohl diese Länder die Möglichkeit zur Währungsabwertung hatten, um die Produktivität ihrer Volkswirtschaften zu steigern. Mit einer 20 prozentigen Bürgschaft lassen sie sich nicht abdecken. Das kann man sich an den fünf Fingern einer Hand abzählen, ohne finanzmathematische Modellrechnungen aufstellen zu müssen. Den überschuldeten Euro-Ländern verordnen die „Experten“ von IWF und EZB auch noch zusätzliches Zwangssparen, das eine ökonomische Erholung in der Krise zusätzlich erschwert, wie jeder Volkswirtschaftslehre-Student im Grundstudium lernt⁷ und auch die Wirtschaftsgeschichte (Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning in der Weimarer Republik) lehrt. Die nicht bezahlbaren Staatsschulden der unter Kuratel gestellten Euro-Länder schwellen infolgedessen noch weiter an, anstatt sich zu verringern.

In ihrer Mitte September 2011 veröffentlichten Untersuchung gingen Harald Hau und Bernd Lucke⁸ von folgenden Ausfallquoten bei den Staatsanleihen PIIGS⁹ – Staaten aus.

Land	Ausfallrisiko	Rückzahlung	
Griechenland	50%	50%	Alle Ausfallquoten liegen über 20 Prozent. In der Zwischenzeit (Anfang November) hat sich die Situation der Länder weiter verschlechtert, so dass die Gläubiger-Verluste noch höher zu veranschlagen sind. Belgien ist in die Bredouille gekommen und auch die Aussichten, die
Portugal	50%	50%	
Irland	25%	75%	
Italien	25%	75%	
Spanien	25%	75%	

Perspektiven Italiens verschlechtern sich täglich. Wenn Frankreich seine Banken mit Eigenkapital aus Steuermitteln retten müsste, wäre es ebenfalls gefährdet. Das sind Szenarien, die jeden Fremdkapitalgeber abschrecken werden. Er müsste sich nicht nur mit den **niedrigeren Vorzugszinsen** für die Staatsanleihen der zu rettenden Euro-Länder abfinden. Hinzu kommt noch, dass auch **das Ausfallrisiko die Bürgschaftsquote von 20 Prozent in jedem Fall übersteigen wird**. Wer soll also dem EFSF die notwendigen Kredite geben, mit denen sie ihr Eigenkapital hebeln können?

Unter den gewieften anglo-amerikanischen Finanzprofis werden die Abgesandten der Euro-Länder ganz sicher nicht fündig werden. England und Norwegen haben von vornhe-

⁷ Multiplikator-Theorie.

⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.09.2011 Seite 12.

⁹ Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien.

rein abgewinkt.¹⁰ Also hat man den Leiter des EFSF-Fonds, Klaus Regling, nach China auf Dummenfang geschickt. Doch die Chinesen sind auch nicht auf den Kopf gefallen und werden ihn sicherlich genau so hinhalten, wie sie es zuvor schon mit den Griechen, Portugiesen und Spaniern gemacht haben. Denen haben sie viel versprochen, gehalten haben sie wenig. In den USA zweifeln Politik und Finanzexperten ganz offen, dass die Europäer mit bedeutender finanzieller Unterstützung aus den großen Schwellenländern wie China, Brasilien oder Russland rechnen können.¹¹

Unsere Erkenntnis ist eindeutig: Die von den Politikern proklamierte Hebelung kann nicht funktionieren. Die wesentliche Voraussetzung für einen positiven Hebelwirkungseffekt: Ein hoher Ertrag (in einer Volkswirtschaft geht es um ein hohes Wirtschaftswachstum) ist nicht gegeben. Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich Fremdkapitalgeber finden, die wegen des zu erwartenden hohen Ertrages ein geringes Risiko eingehen. Im Falle der überschuldeten Euro-Länder ist die Situation gerade umgekehrt. Wegen des niedrigen Ertrages (geringes Wirtschaftswachstum, bei einigen Euro-Ländern sinkt das Sozialprodukt sogar absolut) müssten die Investoren (der Markt) deshalb höhere Zinsen verlangen. Die Euro-Retter (EFSF) wollen und können den umworbenen Kreditgebern aber nur niedrige Zinsen bezahlen. Man muss schon über einen außergewöhnlich schlichten Verstand verfügen, wenn man unter diesen Voraussetzungen an eine Hebelung des EFSF-Vermögens durch Fremdkapital glaubt. Diese Spezies ist unter Deutschlands Politikern – quer durch alle Parteien – offensichtlich überproportional vertreten. Um die Situation bildhaft zu beschreiben: Sie wollen den **„Euro-Karren“, der im Dreck stecken geblieben ist, mit einem Strick herauschieben**. Eine Übung, die man früher nur Schildbürgern zugetraut hätte.

Da die ökonomischen Zusammenhänge zugegebener Maßen für Laien nicht einfach zu durchschauen sind, ist der einfache Bürger nicht in der Lage, das Unvermögen seiner gewählten Volksvertreter zu erkennen. Er wird es erst dann registrieren, wenn es zum großen Zusammenbruch gekommen ist. Und das kann in dem sich selbst beschleunigenden Gemenge aus Politverdruss und wirtschaftlichem Absturz sehr schnell geschehen.

1.4 Die ersten Elmsfeuer künden das nahende Gewitter

Als diese Sachanalyse zum Problem Hebelung des EFSF-Rettungsfonds veröffentlicht werden sollte, erfolgte völlig unvorhergesehen, die nächste Implosion:

Der zwischen den Sparverordnungen von IWF, EZB und EU-Regierungen und dem Aufbegehren seines Volkes in die Enge getriebene griechische Ministerpräsident Papandreou glaubte, sich durch eine Volksabstimmung aus der Klemme ziehen zu können. Das war ein Schlag ins Kontor der Rettungseuropäer, die als „echte Demokraten“ entsetzt waren, dass ihnen nun das Griechische Volk – als der eigentliche Souverän in einer Demokratie – ins Handwerk ihrer zur Geheimdiplomatie entarteten Aktionen pfuschen könnten. Nicht nur, dass den Griechen nach massiver und konzertierter Einflussnahme der Euro-Retter eine Volksabstimmung verwehrt wurde, bei der Gelegenheit wurde auch gleich Italien entmündigt und unter Kuratel von IWF und EU-Kommission gestellt. Der geschlossene Zirkel der selbsternannten Demokraten verrät die Demokratie selbst! Die Rettungseuropäer zeigen ihr wahres Gesicht. Auch das ist die konsequente Folge der Devise „koste es, was es wolle!“

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.10.2011 Seite 13.

¹¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung a.a.O.

Jetzt waren sogar die Avantgardisten der Europa- und "One-World" Vision irritiert: Frank Schirrmacher, der Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Jürgen Habermas, der sich in der Rolle des BRD-Staatsphilosophen wähnt, waren über das Verhalten der „europäischen Eliten“ entsetzt. Schirrmacher¹² nannte das Geschehen ein „*Schauspiel einer Degeneration jener Werte und Überzeugungen, die einst in der Idee Europas verkörpert schienen.*“ Er führte aus, „*dass die Rationalität finanzökonomischer Prozesse dem atavistischen Unterbewussten zum Durchbruch verholfen hat*“ und meint damit, dass der *scheinbar untergegangenen Ära des Nationalismus, wo man ganz Länder als faul und betrügerisch bezeichnen konnte*, wieder neues Leben eingehaucht wurde. **Habermas** stochert in die offen gelegte Wunde des Parteiensystems, wenn er sagt: „*demokratisch gewählte Regierungen können sich Legitimation nur dadurch erwerben und erhalten, dass sie clever die Wege aufspüren,die Gewinnerwartungen der Investoren und die Erwartungen der Wähler*“ zum Ausgleich“ bringen. Er sagt damit, dass es ein Wesensmerkmal der Parteien-Demokratien westlicher Art ist, durch materielle Wohltaten Wähler zu kaufen, um an die Macht zu kommen oder sich weiter an der Macht halten zu können. Dazu braucht man das Finanzkapital. Beide gesellschaftlichen Interessenvertreter wirkten zusammen und am Ende darf dann der Bürger die Zeche zahlen, da jetzt das Finanzkapital und die Marotte der Politik, der Euro, vom Bürger gerettet werden müssen, um den Systemcrash zu verhindern. Beide Interessengruppen werden somit der ihnen in einer pluralistischen Gesellschaft zugeordneten Funktionen in vollem Umfang gerecht! Es bedurfte einer von der Finanzindustrie ausgelösten Krise noch nie dagewesenen Ausmaßes, damit die Protagonisten des herrschenden Politsystems Schirrmacher und Habermas ihren Erkenntnishorizont erweitern konnten und mussten. Doch ihr späte Erkenntnis macht den „Riss in der Mauer“, den sie selbst allzu lange und gerne nicht wahr haben wollten,¹³ für breite Schichten dieser Gesellschaft sichtbar und das wird bei ihren Epigonen und damit auch den breiteren Schichten des Volkes registriert werden.

Dieser Systemkritik von ganz ungewohnter Seite war allerdings keine längere Aufmerksamkeit vergönnt, denn die ökonomisch-technischen Aspekte der Staatsschulden- und Eurokrise sorgten für neue Schlagzeilen: Am Samstag den 05.11.2011 berichteten die Medien in Deutschland zum ersten Mal, dass die **die Hebelung der EFSF-Gelder keine Aussicht auf Erfolg hat**. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung¹⁴ wurde unter der Überschrift „**Probleme bei der Hebelung des Euro-Krisenfonds**“ berichtet: „*Die Hoffnung der Euro-Staaten, dass Drittländer wie China die EFSF direkt über die vor einer Woche beschlossenen Hebelungsinstrumente mit zusätzlichem Kapital versorgen, hat sich nach Angaben von Tagungsteilnehmern in Cannes nicht erfüllt*“. Es hat also gar nicht lang gedauert, bis genau das eingetreten, was wir in dieser Sachanalyse herausgearbeitet und vorhergesagt hatten. Die Blamage der sogenannten Eliten dieser Gesellschaft könnte nicht größer sein.

Doch es sollte noch schlimmer kommen: Die bereits zitierte Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 06.11. 2011 berichtete, dass auf dem Gipfeltreffen der G 20 Staaten die Aufstockung des EFSF-Fonds aus den Währungsreserven der Nationalen Notenbanken gefordert wurde. Man hatte die Aussichtslosigkeit eingesehen, über die „magi-

¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.11.2011 Seite 29.

¹³ Dass die Schlussfolgerungen der beiden Autoren aus ihrer Erkenntnis von uns nicht geteilt werden, wenn sie eine Fiskalunion Europas als einzige Rettungsmöglichkeit fordern, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

¹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.11.2011 Seite 2.

sche Hebelung“ zusätzliches Fremdkapital zu akquirieren und man muss davon ausgehen, dass auch seine erst am 29.09.2011 vom Bundestag genehmigte Verdoppelung der Kaufkraft nicht ausreichen wird, den sich ständig erhöhenden Kreditbedarf zu finanzieren. Den immer wahrscheinlicher werdenden Zahlungsausfall Italiens kann der vom Bundestag Ende September genehmigte, in der Summe verdoppelte, EFSF bei weitem nicht auffangen. Sehr interessant ist, wer den Griff nach den Währungsreserven gefordert hat: Es waren die **Regierungen der USA, Englands und Frankreichs**¹⁵. Und fast noch interessanter sind die weiteren Details, die jetzt (wieder einmal) an den Tag gekommen sind: Nach dem jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank ist ihr Goldschatz 131,9 Milliarden Euro wert. Nur ein Teil der Goldbarren lagert in einem unterirdischen Tresor der Bundesbank in Frankfurt, der weitaus „**größte Teil liegt jedoch in New York bei der Federal Reserve Bank sowie in London und Paris bei den dortigen Zentralbanken**“¹⁶. Das findet die Bevölkerung in Deutschland – sofern sie es überhaupt weiß – nicht sonderbar? Ob sie es wenigstens sonderbar fänden, wenn der größte oder auch nur ein kleiner Teil der amerikanischen, englischen oder französischen Goldreserven in Berlin lagerten? Geradezu kindlich naiv ist die Erklärung der Deutschen Bundesbank für die weltweit einmalige Auslagerung der Goldreserven eines Landes, und die deutsche Volkswirtschaft ist immerhin (noch) eine der größten in der Welt. Die Erklärung der Bundesbank lautet: „**Die Lagerung im Ausland ist betriebswirtschaftlich sinnvoll, solange sie kostengünstiger ist als der Transport nach Deutschland und der Bau zusätzlicher Tresoranlagen**“¹⁷. Registrieren die Deutschen denn gar nicht, was hier mit ihrem Vermögen geschieht, das sie ja immerhin einmal erarbeiten mussten?

Immerhin hat die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung¹⁸ das Ansinnen der Troika aus USA, Großbritannien und Frankreich mit der Schlagzeile auf Seite 1 betitelt: „**Und jetzt unser Gold**“. Sie beklagte, dass die in Jahrzehnten angesammelten Währungsreserven aus den Exportüberschüssen – wozu neben den Sonderziehungsrechten auch Fremdwährungs- und Goldreserven der Bundesbank gehören, offensichtlich angezapft werden sollen. Sie stellte ausdrücklich fest, dass die **Gold- und Devisenreserven Eigentum der Deutschen Bürger** sind, die von der Bundesbank verwaltet werden. Und dieses Eigentum soll jetzt unter Umgehung des Bundestages per Regierungsdekret verpfändet werden. Wir wollen es noch deutlicher sagen: Es ist die **Vorsorge der Deutschen für alle künftigen Notfälle**, die man über die EZB an den IWF verpfänden will, um den Euro zu retten. Das Dementi der Bundesregierung folgte der Presseveröffentlichung auf dem Fuße: Es sei nie von Gold die Rede gewesen, sondern nur von Sonderziehungsrechten, ließ man über den Regierungssprecher Seibert verlauten, und deren Verpfändung habe man abgelehnt. Welch dümmlische Ausrede dies ist, wird klar, wenn man weiß, was Sonderziehungsrechte sind.

Die Währungsreserven der Notenbanken (Zentralbanken) setzen sich zusammen aus Goldreserven, Fremdwährungen und Sonderziehungsrechten. Sonderziehungsrechte (SZR) sind ein Teil des Vermögens in der Bilanz (Aktivseite) der Bundesbank, wie der untenstehende Grundriss einer Notenbankbilanz veranschaulicht:

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.11.2011 Seite 11.

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.11.2011 Seite 12.

¹⁷ Siehe ebenda.

¹⁸ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 06.11.2011, Seite 1.

Aktiva	Bundesbank - Bilanz	Passiva
	Gold	Banknoten
	Devisen	Kredite
	Wertpapiere	an Banken
	darunter SZR	

Der Internationale Währungsfonds (IWF) kann über diese SZR eines Landes verfügen und einem anderen Land zuteilen, das Liquiditätsschwierigkeiten hat. Das Land kann dann mit den zugeteilten SZR andere (dringend benötigte) Währungen kaufen. Der IWF wird zum Schuldner des Landes, das ihm die SZR gewährt und andererseits Gläubiger gegenüber dem Land, an das er die SZR weiterreicht. Wie eine Notenbank kann der IWF somit selbst Geld schöpfen und seine Rettungsprogramme finanzieren.

Worauf es hier ankommt: Die Sonderziehungsrechte gehören zum Vermögen der Bundesbank und damit zum Vermögen der Deutschen. Folgerichtig argumentiert Holger Steltzner, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: *„Die Idee, einen Teil der Reserven in Form von Sonderziehungsrechten in einer Zweckgesellschaft zu bündeln, wäre nur der Anfang. Der Griff nach den deutschen Goldschätzen würde bald folgen.“*¹⁹

1.5 Ein Nachwort als Blick in die Zukunft

Die Transferunion hat die nächste Stufe der nationalen Einkommens- und Vermögensumverteilung in der EU und der Euro-Währungsgemeinschaft erreicht. Am Anfang wurden nur die Steuergelder in Form der Nettozahlungen an die „bedürftigen Partnerländer“ transferiert, danach waren es Kapital und Arbeitsplätze. Dann ging man zur Bezahlung der Schulden der Partner über und musste zu diesem Zweck selbst Schulden machen. Das alles reicht jetzt nicht mehr zur Euro-Rettung. Dabei war der Euro eigentlich als der große Hebel zur Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft gedacht, als der er sich dann auch erwies. Er ermöglichte es dem renditegierenden Finanzkapital, insbesondere anglo-amerikanischer Provenienz, deutsches Produktivvermögen zum halben Preis aufzukaufen²⁰. Jetzt soll auch noch die eiserne Reserve des in Jahrzehnten durch harte Arbeit angesammelten Vermögens der Deutschen zur Bezahlung der Schulden der Euro-Partner eingetrieben werden.

Damit sie nicht merken was da geschieht, redet man den Deutschen ein, sie seien als Europäer Mitglied einer Schicksalsgemeinschaft. Doch ist es wirklich unser Schicksal, die Schulden jener Staaten zu bezahlen, die sich unter Bruch der unterzeichneten EU-Verträge weit über ihre Verhältnisse verschuldet haben? Übertragen wir den Sachverhalt doch einfach einmal auf die Bürger-Ebene und fragen, ob man vom fleißigen und sparsamen Bürger wirklich verlangen kann, die Schulden seines Nachbarn zu bezahlen, der es sich gut gehen lässt, indem er mehr konsumiert als er verdient? Jetzt hat man den Nachbarn Deutschland soweit gebracht, dass er sich selbst verschulden muss und sogar das über Jahrzehnte ersparte Vermögen für die Schuldner verpfänden soll. Und das nennen die neurotischen Euro-Retter Schicksalsgemeinschaft! José Manuel Barroso, Portugiese und derzeit amtierender Präsident der Europäischen Kommission, spricht heute

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 05.11.2011., Seite 37.

²⁰ Ausführlich hierzu in www.hpatzak.de: Spekulation und Euro, die verdeckten Formen neokolonialer Ausbeutung und Ressourcenabschöpfung, Teil 2: Der Euro als Instrument zur Schwächung und Nutzbarmachung der deutschen Wirtschaftskraft vom 22.05. und 07.07.2011, Kapitel 1.4.3 auf Seite 17 f.: Der Euro forcierte den Aufkauf deutschen Produktivvermögens .

sogar davon, dass wir (Europäer) „zu unserem Glück vereint“ seien²¹, „ein Glück das wir verteidigen müssen, koste es was es wolle“.

Es gibt keinen maßgebenden Politiker in Deutschland, der sich im Namen des Volkes dagegen verwahrt. Was muss eigentlich noch alles geschehen, bis das Volk merkt, was hier eigentlich abläuft? In der verwesenden DDR hatte das Volk Freiheit und Demokratie gegen den von allen Blockparteien vertretenen SED-Geist erstritten. Der Unterschied zum Kartell der Konsensparteien westdeutscher Prägung ist nur ein gradueller, wie die jüngste Zwangsabstimmung zur Verdoppelung des EFSF-Rettungsfonds wieder einmal eindringlich vor Augen geführt hat. Die Kluft zwischen Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung vergrößert sich stetig. Die Rettung einer Volkswirtschaft von der Größe Italiens – eigentlich geht es ja um die Rettung des Euro – ist mit keinem der herkömmlichen Rettungswerkzeuge möglich. Der Rettungsfonds ist nicht nur überfordert, wenn eines seiner tragenden Mitglieder, nämlich Italien, als Bürge wegbriecht, der Fonds wird in sich selbst zusammenfallen.

Die Rettungs-Europäer werden dann nur noch einen Ausweg haben: Die Euro-Rettung über eine allgemeine Staatsentschuldung durch Inflation. Wehe dem, der heute noch behauptet, die Rückkehr zur DM sei viel zu teuer, um ihn zu wagen. Ob das Volk dann noch wissen wird, welche Politiker und Ökonomie-Experten diese Behauptung heute vertreten? Ob sie dann zur Rechenschaft gezogen werden? Im Prinzip wollen sie alle – mit wenigen Ausnahmen – den Euro immer noch retten. Das Volk wird diese Rettung so oder so bezahlen müssen.

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.11.2011, Seite 7.